

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 10. April 1959

Nummer 15

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Bedeutung des beruflichen Nachwuchses für die Wirtschaftsentwicklung Mitteldeutschlands

Im ersten Fünfjahrplan 1951 bis 1955 konnte das Wirtschaftswachstum Mitteldeutschlands nach amtlichen Veröffentlichungen¹⁾ zu 41 vH durch die Erhöhung der Beschäftigtenzahl erreicht werden. Die damals noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräftereserven — Arbeitslose, Frauen, nicht voll ausgenutzte Arbeitskräfte in den Betrieben — dürften im wesentlichen mit Beginn des zweiten Fünfjahrplanes 1956 bis 1960 erschöpft gewesen sein. Das Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan stellt daher fest, daß die Produktionsaufgaben künftig in allen Wirtschaftsbereichen „durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, d. h. in der Regel mit gleichbleibender Beschäftigtenzahl“, zu erfüllen seien (§ 1 [4] und § 12 [2] des Gesetzes vom 19. 12. 1957).

Angesichts der Überalterung der Erwerbstätigen und der bisher relativ starken Abwanderung jüngerer Arbeitskräfte rechnet der Plan bestenfalls mit einem Ersatz des natürlichen Abgangs durch den Nachwuchs. Durch die künftig intensiver als bisher zu fördernde Einbeziehung der Jugendlichen in die Produktion und eine verbesserte Berufsvorbereitung wird eine stärkere Ausnutzung der an sich schwachen Nachwuchsjahrgänge angestrebt; sie gewinnen für die künftige Entwicklung der mitteldeutschen Wirtschaft besondere volkswirtschaftliche Bedeutung.

Besetzung und Struktur der Nachwuchsjahrgänge

Die Bevölkerung Mitteldeutschlands hat bekanntlich von 19,1 Mill. im Jahre 1948 auf 17,4 Mill. Einwohner Ende 1957 abgenommen. Noch stärker ist die Zahl der Jugendlichen zurückgegangen. Am 31. August 1950 gehörten 4,2 Mill., das sind 22,9 vH der 18,4 Mill. Einwohner, Ende 1957 dagegen nur 3,6 Mill., das sind 20,6 vH der zu diesem Zeitpunkt 17,4 Mill. Einwohner, in die Gruppe der unter 15jährigen.

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Ende 1957 in Mitteldeutschland Ansässigen unter 15 Jahren nach den einzelnen Jahrgängen macht die Einflüsse des Geburtendefizits der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre, der nachgeholtten Familiengründungen bzw. -vergrößerungen in den Jahren 1947 bis 1951 sowie den seit dieser Zeit ständigen, wenn auch schwachen Rückgang in der Besetzung der einzelnen Jahrgänge deutlich.

Für die künftige Entwicklung sind die Einflüsse der angesichts der gegenwärtigen allgemeinen Situation übernormal starken Wanderungsbewegungen über die Grenzen Mitteldeutschlands nicht abschätzbar. Allein

Nachwuchsjahrgänge bis zum Alter von 15 Jahren
Stichtag 31. 12. 57

Geburtsjahr	Alter		Wohnbevölkerung				Zu- (+) bzw. Ab- (-)nahme in vH d. Vorjahrs	Besetzung der Geburtsjahre in vH der Bevölk.
			Männlich	Weiblich	Gesamt			
1942	15 bis	16 J.	126 728	122 443	249 171		1,4	
1943	14 "	15 "	128 516	123 605	252 121	+ 1,2	1,5	
1944	13 "	14 "	121 869	118 919	240 788	- 4,5	1,4	
1945	12 "	13 "	84 067	83 197	167 264	- 30,5	1,0	
1946	11 "	12 "	74 931	71 877	146 808	- 12,2	0,8	
1947	10 "	11 "	97 891	94 749	192 640	+ 31,2	1,1	
1948	9 "	10 "	100 369	97 192	197 561	+ 2,6	1,1	
1949	8 "	9 "	116 960	112 569	229 529	+ 16,2	1,3	
1950	7 "	8 "	133 138	127 403	260 541	+ 13,5	1,5	
1951	6 "	7 "	140 745	133 441	274 186	+ 5,2	1,6	
1952	5 "	6 "	140 589	133 604	274 193	0	1,6	
1953	4 "	5 "	140 283	132 968	273 251	- 0,3	1,6	
1954	3 "	4 "	132 089	132 110	271 199	- 0,7	1,6	
1955	2 "	3 "	140 389	132 568	272 957	+ 0,7	1,6	
1956	1 "	2 "	136 428	129 592	266 020	- 2,5	1,5	
1957		1 "	135 875	128 551	264 426	- 0,6	1,5	

nach der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird jedoch die Zahl derer, die noch nicht im Arbeitsalter stehen — den gleichen Geburtenüberschuß und die gleiche Sterbeziffer, wie sie in den letzten Jahren als etwa konstant zu verzeichnen waren, vorausgesetzt —, von 3,6 Mill. Ende 1957 auf 3,9 Mill. im Jahre 1965 zunehmen. Demgegenüber ist aber mit einer Abnahme der im Arbeitsalter stehenden Personen und einer erheblichen Zunahme der älteren Einwohner zu rechnen. Der Anteil der Jugendlichen bis zu 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung wird nach dieser Berechnung von 20,6 vH Ende 1957 auf 22,2 vH im Jahre 1965 ansteigen, der Anteil der Personen im arbeitsfähigen Alter sich dagegen im gleichen Zeitraum von 62,6 vH auf 58,1 vH vermindern.

Innerhalb der Gruppe bis zu 15 Jahren wird die Zahl der im Schulalter stehenden Kinder besonders stark zunehmen. Während Ende 1957 knapp 2 Mill. Kinder im Schulalter gezählt wurden, wird sich ihre Zahl bis 1965 auf 2,4 Mill., d. h. um 23,8 vH erhöhen. Bei den Knaben dieser Altersklasse ist die Zunahme mit 24,9 vH noch günstiger als bei den Mädchen mit 22,6 vH. Die Gruppe der Kinder unter 6 Jahren dagegen nimmt absolut und relativ, bei Knaben und Mädchen fast gleichmäßig ab. In dem künftigen Defizit der

¹⁾ Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR, 1958, Nr. 1, S. 12.

Institut für Wirtschaftsforschung, Kiel
16. APR. 1959

Die Entwicklung der Nachwuchsjahrgänge
Mitteldeutschlands, gesamt, männlich und weiblich
in Vorausschätzung für die Jahre 1957 bis 1965

Jahres- ende	Jugendliche bis unter 15 Jahre							
	Gesamt			Männlich		Weiblich		
	bis unter 6 Jahre	6 bis unter 15 Jahre	Zu- sammen	bis unter 6 Jahre	6 bis unter 15 Jahre	bis unter 6 Jahre	6 bis unter 15 Jahre	
a) absolut in 1000.								
1957	1 622,1	1 961,4	3 583,5	832,7	998,5	789,4	963,0	
1958	1 602,7	1 982,5	3 585,2	822,8	1 009,9	779,9	972,6	
1959	1 584,9	2 013,9	3 598,8	813,6	1 027,7	771,3	986,2	
1960	1 570,0	2 116,7	3 686,7	806,0	1 082,0	764,0	1 034,7	
1961	1 554,1	2 241,7	3 795,8	797,7	1 146,7	756,5	1 195,0	
1962	1 546,0	2 313,8	3 859,8	793,6	1 184,5	752,4	1 229,3	
1963	1 539,9	2 379,5	3 919,4	790,4	1 219,2	749,6	1 260,2	
1964	1 528,9	2 418,7	3 947,6	783,9	1 241,1	745,1	1 277,7	
1965	1 518,0	2 427,4	3 945,4	777,4	1 246,8	740,7	1 280,6	
b) 1957 = 100								
1957	100	100	100	100	100	100	100	
1958	98,8	101,1	100,1	98,8	101,1	98,8	101,0	
1959	97,7	102,7	100,4	97,7	102,9	97,7	102,4	
1960	96,8	107,9	102,9	96,8	108,4	96,8	107,4	
1961	95,8	114,3	105,9	95,8	114,8	95,8	113,7	
1962	95,3	118,0	107,7	95,3	118,7	95,3	117,3	
1963	94,9	121,3	109,4	94,9	122,1	95,0	120,5	
1964	94,3	123,3	110,2	94,1	124,3	94,4	122,3	
1965	93,6	123,8	110,1	93,4	124,9	93,8	122,6	
c) Beide Altersgruppen zusammen jeweils = 100								
1957	45,3	54,7	100	45,5	54,5	45,0	55,0	
1958	44,7	55,3	100	44,9	55,1	44,5	55,5	
1959	44,0	56,0	100	44,2	55,8	43,9	56,1	
1960	42,6	57,4	100	42,7	57,3	42,5	57,5	
1961	40,9	59,1	100	41,0	59,0	40,9	59,1	
1962	40,1	59,9	100	40,1	59,9	40,0	60,0	
1963	39,3	60,7	100	39,3	60,7	39,3	60,7	
1964	38,7	61,3	100	38,7	61,3	38,8	61,2	
1965	38,5	61,5	100	38,4	61,6	38,6	61,4	

jüngsten Altersklassen zeigen sich die mittelbaren Wirkungen der Geburtenausfälle des letzten Weltkrieges, da ab 1960 die in den Kriegsjahren geborenen Frauen in das normalerweise günstigste Heiratsalter kommen.

Die Schülerzahlen und die Zahlen der jährlichen Schulentlassungen entsprechen in den letzten Jahren dem Bild des Altersaufbaus. Bis 1955 stieg die Zahl der Schulentlassungen noch an. In dem Maße jedoch, in dem die schulpflichtigen Kinder den schwach besetzten Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen angehören, geht die Gesamtzahl der Schüler zurück.

Allerdings zeigt ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen für die Bundesrepublik, daß in Mitteldeutschland noch andere Faktoren, darunter nicht zuletzt die Abwanderung, den Rückgang auch der Schülerzahlen verstärkt haben. Dies Bild der quantitativen Entwicklung der Nachwuchsschicht in den vergangenen

Schüler an allgemeinbildenden Schulen
in der Bundesrepublik und in Mitteldeutschland

Jahr	Anzahl der Schüler	
	in der Bundesrepublik	in Mitteldeutschland ¹⁾
1950	7 295 420	2 632 700
1956	6 053 423	1 829 739
Rückgang in vH	17,0	30,5

¹⁾ Stichtage: 15. 9. 1950 und 31. 12. 1956, für die Bundesrepublik keine Angabe des Stichtages.

Jahren und die Vorausschau auf die nächsten Jahre macht die Bemühungen der in Mitteldeutschland für die Ausbildung verantwortlichen Stellen um eine Hebung des Ausbildungsniveaus verständlich. Hierbei müssen allerdings individuelle Wünsche nach Allgemeinbildung oder nach Förderung besonderer Anlagen hinter dem Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften der verschiedenen Ausbildungsrichtungen und Ausbildungsstufen zurücktreten.

Anpassung des Ausbildungswesens an den Bedarf
der Wirtschaft

Diese Bedürfnisse der Wirtschaft haben in den letzten Jahren zu Umorganisationen im Schulwesen geführt, für deren Auswirkungen die Verteilung der Schülerzahl in der Tabelle Anhaltspunkte gibt. Bis zum 18. Lebensjahr besteht eine allgemeine Schulpflicht bzw. Berufsschulpflicht, während einer Lehre dauert die Berufsschulpflicht bis zum Abschluß der Lehre. Obligatorisch ist zunächst der Besuch der achtklassigen Grundschule, die grundsätzlich erst mit der Abschlußprüfung der achten Klasse verlassen werden darf. In den letzten Jahren sind insofern Ausnahmen zugelassen worden, als Lehrverträge für die Ausbildungsberufe der Lohngruppen III und IV (frühere Anlernberufe) bei Nichterreichen des Klassenzieles der achten Grundschulklasse abgeschlossen werden dürfen²⁾.

Die Abschlußprüfung der achten Grundschulklasse berechtigt zum Abschluß eines Lehrvertrages für Facharbeiter der Lohngruppe V oder zum Besuch der Mittel- oder Oberschule. Absolventen der zehnklassigen Mittelschule steht der Besuch von Fachschulen oder von Instituten der Lehrerbildung frei; sie sollen außerdem die „mittleren Kader“ für die Wirtschaft stellen. Die Reifeprüfung der zwölfklassigen Oberschule ist Voraussetzung für ein Studium oder für die Ausbildung zu besonders qualifizierten Berufen. In den Nachkriegsjahren ist allerdings mit dem Aufbau der sogenannten „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ eine Art zweiter Bildungsweg für den Hochschulbesuch ohne Reifeprüfung geschaffen und gefördert worden. Auf diesem Weg soll Arbeiter- und Bauernkindern ohne Oberschulbesuch, die sich politisch und in der Produktion bewährt haben, die Vorbereitung zum Studium

²⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 49 vom 6.12.1957, S. 197.

Zahl und Entlassungen der Schüler nach Schularten

Jahr	Schüler					Jährliche Entlassungen			
	Ins- gesamt	davon in				Ins- gesamt	davon aus		
		Grund- und Sonderschulen	Mittel- schulen	Ober- schulen	Mittel- + Ober- schulen		Grund- u. Sonder- schulen	Mittel- schulen	Ober- schulen
	in 1000	in vH	in 1000	in vH	in 1000				
1951	2 514,0		2 413,0	96,0	101,0	319,3	296,2		23,1
1952	2 332,8		2 219,5	95,2	113,3	318,1	295,6		22,4
1953	2 153,4		2 030,4	94,3	123,0	351,1	323,2		27,8
1954	2 019,5		1 894,8	93,8	124,6	321,6	292,7		28,9
1955	1 883,4		1 755,0	93,2	21,0	358,6	325,9		32,7
1956	1 829,7		1 684,7	92,0	48,6	322,2	287,4	12,9	21,9
1957	1 829,5		1 126,8	61,6	611,4	241,6	198,8	14,4	28,5
1958								31,2	19,8

vermittelt werden. In dem Maße, in dem die Schulreform eine „produktionsnähere“ Mittelschule für breitere Schichten schafft, geht jedoch die Zahl der Studierenden an Arbeiter- und Bauernfakultäten zurück; die Zulassungen sind von ihrem Höchststand im Jahre 1953 mit 6654 bis 1957 auf 2627 gesunken. Vor allem aber wird die Tendenz mehr und mehr erkennbar, einen Teil der Oberschulen durch Mittelschulen zu ersetzen. Zu diesem Zweck ist seit Beginn des Schuljahres 1955/56 eine zehnklassige Mittelschule eingeführt worden, die sich in ihrem Lehrplan wie in ihrem Ausbildungsziel wesentlich von der früheren Mittelschule unterscheidet und besonders durch den sogenannten „polytechnischen Unterricht“, in den letzten Jahren ferner durch den „Unterrichtstag“ in der Produktion charakterisiert ist. Nach dem Plan vom Frühjahr 1956 sollen 40 vH aller Schüler bis Ende 1960 die neue zehnklassige Mittelschule besucht haben; ab 1965 soll der Besuch dieser Mittelschule für alle obligatorisch sein. In den Schülerzahlen von 1957 zeigen sich die ersten Auswirkungen dieser Maßnahmen: der Anteil der Mittelschüler stieg von 2,7 vH im Jahre 1956 auf 33,4 vH, der Anteil der Grundschüler dagegen ging von 92,0 vH auf 61,6 vH zurück und der Anteil der Oberschüler sank von 5,3 auf 5,0 vH. Im Herbst 1958, d. h. zwei Jahre nach Beginn der Umorganisation, sind ihre Folgen auch an der Zahl der Entlassungen aus Mittel- und Oberschulen abzulesen: 1957 waren die Entlassungen aus Oberschulen (28 500) noch fast doppelt so hoch wie die aus Mittelschulen (14 400), 1958 dagegen überstieg die Zahl der aus Mittelschulen Entlassenen (31 200) die der Abiturienten (19 800) um mehr als die Hälfte.

Diese Daten geben nur ein ungefähres Bild der grundlegenden Umwandlung im gesamten Schul- und Ausbildungswesen Mitteldeutschlands, und diese ist zudem nur verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und im Vergleich mit den Schulreformplänen der Sowjetunion betrachtet³⁾. In der UdSSR gingen die Bestrebungen in der Nachkriegszeit dahin, das gesamte Schulsystem auf die Zehnklassenschule umzustellen. Vor einigen Jahren sollen sogar Pläne einer elfjährigen obligatorischen Schule erörtert worden sein. Die industrielle Entwicklung in der UdSSR ließ jedoch hier wie in anderen Industrieländern den Bedarf an Fachkräften der mittleren Ebene stärker als die Nachfrage nach hochqualifizierten Spezialisten steigen. Seit 1953 wurden deshalb in der Sowjetunion die Absolventen der Zehnklassenschulen angehalten, sich anstelle einer weiteren theoretischen Ausbildung einer praktischen Lehre in den Betrieben zuzuwenden. Seit dieser Zeit ist der polytechnische Unterricht in den Lehrplan der sowjetischen Mittelschule eingebaut worden, wie ihn die mitteldeutschen Schulen in den letzten Jahren nach dem Beispiel der Sowjetunion ebenfalls einzuführen beginnen. Allerdings ist die mitteldeutsche Schule dem sowjetischen Vorbild noch nicht bis in dessen neuestes Stadium gefolgt, denn während der Plan der allge-

meinen Zehn- oder Elfklassenschule in der UdSSR seit dem Herbst 1958 zurückgestellt und durch eine obligatorische Achtklassenschule — dort jetzt polytechnische Mittelschule genannt — ersetzt worden ist, führt man in Mitteldeutschland die Maßnahmen zum weiteren Ausbau der zehnklassigen polytechnischen Mittelschule fort.

Der polytechnische Unterricht und das Betriebspraktikum beziehungsweise der sogenannte „Unterrichtstag in der Produktion“ werden in Mitteldeutschland besonders gefördert. Bis 1956 sollten Einrichtungen der sogenannten „außerschulischen Erziehung“ wie „Stationen der Jungen Naturforscher“ oder der „Jungen Techniker“ in Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Schulunterrichts der Vorbereitung auf einen praktischen Beruf und der Berufslenkung in die sogenannten „Schwerpunktbereufe“ dienen. Diese Einrichtungen haben nicht den arbeitsmarktpolitischen Erwartungen entsprochen, sie wurden von den Schülern vielmehr als Gelegenheit zur Pflege ihrer persönlichen Interessen (Photographieren, Basteln usw.) benutzt. Deshalb sind sie seit 1956 stark reduziert (1955: 9340 Arbeitsgemeinschaften mit 145 849 Teilnehmern, 1957: 4341 Arbeitsgemeinschaften mit 52 847 Teilnehmern) und als polytechnischer Unterricht in den Lehrplan der 7. bis 10. Klasse eingefügt worden. Man ist in den Mittelschulen noch mit dem Aufbau weiterer Werkräume mit Maschinen und Werkzeugen, in den Betrieben und Lehrkombinaten mit der Einrichtung von Plätzen für die Grundausbildung der Oberschüler beschäftigt. Die Aktion ist noch nicht abgeschlossen, doch geht aus Berichten hervor, daß seit dem Herbst 1958 der Unterrichtstag in der Produktion für bereits 400 000 Schüler der allgemeinbildenden Schulen eingeführt wurde; zum Herbst 1959 sollen alle Schüler der 7. bis 10. Klasse am Unterrichtstag mit den Grundlehrgängen Metall, Elektrotechnik, Maschinenkunde und Landwirtschaft teilnehmen⁴⁾.

Die Tendenz, dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Mangel an Nachwuchskräften durch einen auf die praktische Produktionsarbeit hinlenkenden Schulunterricht zu begegnen, wird durch Berufslenkungsmaßnahmen beim Verlassen der Schule ergänzt: von den 42 900 Schulabgängern mit mittlerer Reife oder Abitur schlossen 1957 bereits 16 000 einen Lehrvertrag mit einem Betrieb ab⁵⁾. Das Bild wird durch das seit 1958 in einem Betrieb abzuleisende praktische Jahr für alle Studienbewerber abgerundet. Mit der Gesamtheit dieser Maßnahmen wird offensichtlich das Ziel verfolgt und wahrscheinlich auch erreicht werden, der Wirtschaft trotz des quantitativen Nachwuchsmangels eine relativ große Zahl auf die praktische Arbeit in der Produktion vorbereiteter jüngerer Arbeitskräfte der angesichts der technischen Entwicklung — in allen Industrieländern — vorzugsweise benötigten mittleren Qualifikationsstufen zur Verfügung zu stellen.

⁴⁾ „Die Wirtschaft“ vom 4. 2. 1959, Nr. 6, S. 8, und „Berliner Zeitung“ vom 26. 3. 1959, Nr. 72, S. 1.

⁵⁾ „Arbeit und Sozialfürsorge“ Nr. 12 von 1958, S. 359.

³⁾ DIE ZEIT 12. 12. 1958, Nr. 50

Die Wirtschaftslage in Polen

Die Bruttoproduktion der polnischen Industrie nahm nach der amtlichen Berichterstattung im Jahre 1958 gegenüber 1957 um 9,5 vH zu; dabei betrug die Steigerung bei den Produktionsmitteln 8,8 vH und bei den Konsumgütern 10,2 vH. Die Agrarproduktion erhöhte sich im Vergleich zu 1957 um rd. 3 vH. Die Zunahme des

Volkseinkommens betrug 5,6 vH, die der Nettoinvestitionen 8,1 vH.

Der polnische Wirtschaftsplan für das Jahr 1959 setzt sich zum Ziel, den Anteil der Nettoinvestitionen am Volkseinkommen in beträchtlichem Umfang zu erhöhen. Die Industrieproduktion soll im Jahre 1959 um

7,6 vH größer sein als 1958. Der Plan sieht eine Zunahme der Herstellung von Produktionsmitteln um 6,9 vH, von Konsumgütern um 8,4 vH vor. Die Regierung hofft, eine bedeutende Verringerung der Lagerbestände zu erreichen. Die Betriebe, die solche Lager aus Angst vor Materialknappheit angelegt haben — es handelt sich um die meisten Industriebetriebe —, sollen ihre Reserven auf das normale Maß reduzieren und vorläufig keine neuen Lieferungen erhalten, was zu einer Kürzung der Importe führen soll.

Für 1959 ist eine weitere Steigerung der Agrarproduktion um 4,3 vH gegenüber 1958 (3,2 vH für die pflanzliche Produktion und 5,8 vH für die Viehwirtschaft) eingeplant worden. Diesmal sind größere Kredite für die Einzelbauern vorgesehen, um sie zur Intensivierung ihrer Betriebe anzuspornen.

Der Wirtschaftsplan für 1959 — das vierte Jahr des Fünfjahresplanes 1956/1960 — bildet nur die Vorstufe des bereits ausgearbeiteten zweiten Fünfjahresplanes 1961/1965, der in demselben Jahr enden wird wie der sowjetische Siebenjahresplan. Im Jahre 1965 soll die polnische Industrieproduktion um 80 vH, die Agrarproduktion um 30 vH höher sein als Ende 1958.

Der dritte Parteitag der Kommunistischen Partei Polens im März dieses Jahres läßt keinen Zweifel darüber, daß Polen durch weitere forcierte Industrialisierung und durch die Bevorzugung der Schwerindustrie dem sowjetischen Vorbild folgt. Der „polnische Weg zum Sozialismus“ drückt sich jedoch nicht nur in der grundsätzlich verschiedenen Agrarpolitik aus, die nach den Ereignissen im Oktober 1956 zur Auflösung der meisten Kollektivwirtschaften, zur Beseitigung vieler Pflichtablieferungen bzw. zur Erhöhung der Ablieferungspreise und schließlich zur Freigabe des An- und Verkaufs des Landes durch Bauern geführt hat. Daneben ist in Polen auch eine gewisse Lockerung des starren Wirtschaftsdirigismus in der Industrie und die Zulassung des privaten Einzelhandels und des Handwerks charakteristisch.

In der Handhabung der Wirtschaftspolitik bedient sich die polnische Regierung ziemlich geschickt verschiedener elastischer Methoden. Schon die im Vergleich zu den anderen Ostblockstaaten in größerem Maße geduldete Kritik an der Wirtschaftsentwicklung, soweit es sich nicht um grundsätzliche sozialistische Ziele handelt, schafft ein besseres Arbeitsklima, dessen wichtigstes Zeichen das Verschwinden der Angst vor Sabotagebeschuldigungen ist. Die Regierung übersieht absichtlich gewisse Lücken im totalitären Wirtschaftssystem; sie hat sich u. a. stillschweigend mit der Existenz des Schwarzen Marktes abgefunden. Die Milderung der rigorosen Planwirtschaft, die zur Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung und zur Gewährung größerer Handlungsfreiheit der einzelnen Staatsbetriebe führte, trug zweifellos zur Verbesserung der Lage in der Staatswirtschaft bei. Daß die Industrialisierung Polens Früchte getragen hat, beweist der steigende Anteil der Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel an der gesamten Ausfuhr des Landes. Während im Jahre 1938 dieser Anteil nur 1 vH ausmachte, stieg er 1956 auf 15,6 vH, 1957 auf 20,0 vH und 1958 auf 26,9 vH. Bereits jetzt ist Polen zu einem

bedeutenden Industriestaat Europas geworden, und es ist sicher, daß unter der gegenwärtigen politischen Führung der eingeschlagene Weg nicht geändert wird.

Mit diesem Wachstum der Industrie hat jedoch der Stand des Verkehrswesens nicht Schritt halten können. Im Vergleich zur Vorkriegszeit nahm der Güterverkehr in Polen um das 3,5fache und der Personenverkehr um das 4fache zu, doch ist die Zahl der Güterwagen in derselben Zeit nur um 50 vH und die der Personenwagen um 24 vH angestiegen. Das rollende Material ist größtenteils überaltert; zwar besitzt Polen eine ausreichende Zahl entsprechender Produktionsstätten, doch muß der überwiegende Teil dieser Produktion in die Ostblockstaaten oder die Entwicklungsländer ausgeführt werden.

Die niedrige Arbeitsproduktivität bildet nach wie vor den wunden Punkt im polnischen Wirtschaftsleben. Die Steigerung der Arbeitsfreude hängt entscheidend mit davon ab, daß eine Erhöhung des Lebensstandards möglich ist. Nach polnischen Angaben nahmen die Warenpreise zwischen 1955 und 1958 um 7,1 vH und die Nominallöhne um 33,8 vH zu. Die Reallöhne erhöhten sich also um 24,8 vH. Trotz dieser Zunahme ist die Lebenshaltung in Polen im Vergleich zum Niveau in der Tschechoslowakei und der SBZ — von westlichen Ländern ganz zu schweigen — noch niedrig.

Die eigentlichen Nutznießer der wirtschaftlichen Erleichterungen nach 1956 sind vor allem die polnischen Bauern, deren Lebenshaltung sich erheblich verbessert hat, was u. a. in einer regen Bautätigkeit auf dem flachen Lande seinen Ausdruck findet. Bemerkenswerterweise verwenden die Bauern ihre freien Geldmittel lieber für den Bau von Eigenheimen und Wirtschaftsgebäuden als für die Beschaffung von Maschinen, Traktoren und Geräten. Anscheinend befürchten die Bauern — trotz beruhigender Beteuerungen der Regierung — immer noch einen Rückfall in die Kollektivierung, die bekanntlich mit der Beschlagnahme der Produktionsmittel beginnt.

Auch die Lage der städtischen Bevölkerung hat sich im Vergleich zu 1956 gebessert, jedoch bei weitem nicht im gleichen Maße wie die der Bauern. Die Versorgung der Städter mit Lebensmitteln ist jetzt viel günstiger als vor drei Jahren. Dagegen ist die Belieferung der Bevölkerung mit dauerhaften Konsumgütern immer noch ungenügend, obwohl seit 1956 ein Teil der Schwerindustrie für diesen Zweck herangezogen wird. Im Jahre 1957 lieferte die Schwerindustrie Konsumgüter für rd. 5 Mrd. Zloty, 1958 für rd. 8 Mrd. Zloty und für 1959 ist eine Produktion in Höhe von 11 Mrd. Zloty, also mehr als das Doppelte von 1957, vorgesehen.

Trotz aller Anstrengungen ist die Wohnungsnot in den Städten nach wie vor drückend. Der im Jahre 1959 für Stadt und Land vorgesehene Bau von 400 000 Räumen (etwa 180 000 Wohnungen) verspricht keine fühlbare Erleichterung, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung in Polen jährlich um mehr als 520 000 zunimmt. Hinzu kommt ein übermäßiger Abgang an Wohnraum, da viele Häuser schnell verfallen, weil sie überhaupt nicht oder nur notdürftig repariert werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Direktor Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Kregel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—



Gegenstand *)	Einheit †)		1958												1959		
			Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Anzahl der Werkstage:			24	25,7	24	26	24	24	23,2	27	25,9	26	27	23,4	25	25,7	24
Kredite an Nichtbanken																	
Zentralbankensystem	Mill. DM	E	809	680	695	808	796	769	942	895	1072	997	990	923	1094	934	876
Kreditbanken	"	"	30432,3	31758,7	31992,1	32223,5	32414,1	32570,7	33028,5	33165,0	33506,0	33835,5	33955,8	34264,1	34111,1	34333,8	.
an Wirtschaft u. Private	"	"	25067,2	25738,4	25944,2	26040,7	25695,8	25607,7	26175,3	25879,6	26027,4	26393,1	26068,3	26442,7	26977,5	26770,3	.
kurzfristige Kredite	"	vH	73,4	73,8	73,7	73,3	72,9	72,7	72,8	72,1	71,6	71,6	71,1	70,8	71,6	70,9	.
dar. Wechselkredite	"	"	38,6	35,4	34,7	34,8	34,6	34,2	33,5	34,1	33,7	33,0	33,0	32,7	35,3	33,8	.
mittelfristige Kredite	"	"	7,6	7,6	7,7	7,9	8,1	8,1	8,4	8,5	8,7	8,7	8,7	8,9	8,8	9,0	.
langfristige Kredite	"	"	19,0	18,6	18,6	18,8	19,0	19,2	18,8	19,4	19,7	19,7	20,2	20,3	19,6	20,1	.
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2062,5	2536,3	2428,3	2556,7	2902,0	3110,4	2946,4	3214,3	3337,8	3099,0	3392,8	3163,6	2566,9	2777,7	.
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	3302,6	3484,0	3619,6	3626,1	3816,3	3852,6	3906,8	4071,1	4140,8	4343,4	4494,7	4657,8	4566,7	4785,8	.
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	"	73327,6	74037,3	75334,6	76192,6	77404,1	78682,8	79461,1	80680,2	81933,7	83190,0	84418,3	85505,6	85817,0	88226,8	.
an Wirtschaft u. Private	"	"	53315,5	52657,2	53056,8	53586,1	53929,4	54553,9	55079,6	55521,8	56168,5	56841,9	57709,8	58571,4	59337,1	59817,6	.
kurzfristige Kredite	"	vH	25,0	23,3	23,3	23,2	22,9	22,8	22,7	22,1	21,8	21,8	21,5	21,6	21,4	21,4	.
dar. Wechselkredite	"	"	9,2	9,1	9,1	9,1	9,0	8,9	8,7	8,5	8,3	8,3	8,0	7,9	8,0	7,9	.
mittelfristige Kredite	"	"	7,6	7,6	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,7	7,6	7,5	7,5	7,5	7,6	7,6	.
langfristige Kredite	"	"	67,4	69,1	69,2	69,3	69,6	69,7	69,8	70,2	70,6	70,7	71,0	70,9	71,0	71,0	.
an öff.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	15087,2	16241,2	16853,8	16897,7	17311,9	17654,1	17718,4	18101,1	18361,0	18612,0	18513,4	18456,4	17900,4	19171,8	.
Wertpap. u. Konsortialbeteilig.	"	"	4924,9	5138,9	5424,0	5708,8	6162,8	6474,8	6663,1	7057,3	7404,2	7676,1	8195,1	8477,8	8579,5	9237,4	.
Bargeldumlauf und Bank-einlagen																	
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	16481	16489	16986	16982	17103	17129	17283	17359	17606	17620	17854	18349	17971	17564	17983
Sicht- und Termineinlagen, ges. von Wirtschaft und Privaten	"	"	41970	40940	40829	41102	40909	42040	42745	42752	43120	44054	44055	44800	46224	45429	45467
Sichteinlagen	"	vH	28355	27556	27676	27967	28834	29168	29127	29666	30123	30325	30874	31198	32072	31218	31126
Termineinlagen	"	"	67,0	63,5	63,1	63,9	64,2	64,3	65,5	65,1	65,2	65,6	66,7	69,4	66,6	67,3	.
von deutschen öff. Stellen	Mill. DM	"	33,0	36,5	36,9	36,1	35,8	35,7	34,5	34,9	34,8	34,0	34,4	33,3	30,6	33,4	32,7
Sichteinlagen b. Kreditinst. außerh. d. Zentralbankensyst.]	"	vH	13474	13313	13007	13021	11983	12817	13547	13937	12939	13686	13123	13541	14105	14161	14286
Sichteinlagen beim ZBS.	"	"	20,9	17,8	19,4	21,1	20,4	19,5	19,0	18,5	18,6	19,5	18,5	20,1	21,6	18,6	19,6
Termineinlagen	"	"	33,0	33,4	30,0	29,9	27,9	29,3	33,0	29,8	28,3	30,7	29,9	28,9	29,9	31,6	30,2
Einlagen alliierter Dienststellen beim ZBS.	"	"	46,1	48,8	50,6	49,0	51,7	51,2	48,0	51,7	52,1	49,8	51,6	51,0	48,5	49,8	50,2
Gegenwertmittel	Mill. DM	"	141	71	146	114	92	55	71	49	58	43	58	61	47	50	55
Spareinlagen	"	"	168	190	218	299	249	206	327	423	411	450	418	397	361	612	580
Spareinlagen	"	"	29388	30172	30789	31309	31768	32162	32610	33078	33539	34043	34655	34934	36102	37065	37842
Deutsche Bundesbank																	
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	23841,3	23419,6	23286,4	23425,7	23675,9	24295,0	24538,5	25172,4	25506,9	25651,3	25859,7	26188,1	26516,0	25567,4	25237,7
Gold	"	"	10620,5	10429,9	10382,7	10260,7	10394,2	10422,5	10695,3	10766,4	10791,7	10834,9	10788,4	11011,6	10963,3	11125,9	11259,9
Guthaben bei ausl. Banken	"	"	13064,5	12828,6	12752,4	13013,5	13127,6	13725,3	13699,4	14257,0	14569,1	14686,4	14793,4	15032,1	15400,1	14303,4	13979,7
Sorten, Wechsel u. Schecks	"	"	174,3	160,9	151,3	151,5	154,1	147,2	143,8	149,0	146,1	130,0	141,9	144,4	152,6	138,1	132,1
Wertpapiermarkt																	
Absatz an festverzinsl. Schuldverschreibungen und Aktien ²⁾	Mill. DM	S	485,8	750,6	897,5	684,5	1002,4	884,4	515,8	1011,1	647,9	508,5	1233,8	481,8	648,3	1597,0	951,6
Pfandbriefe	"	vH	23,1	24,8	17,6	19,8	11,0	9,2	13,9	13,8	18,2	20,7	12,9	32,9	26,1	27,3	24,1
Kommunalobligationen	"	"	25,8	22,3	32,8	36,2	25,4	9,2	22,0	30,4	38,4	45,7	13,0	23,0	22,8	24,8	24,5
Öffentliche Anleihen	"	"	17,3	22,9	9,7	10,6	25,1	40,3	19,5	24,4	4,1	5,2	50,8	7,6	6,7	2,3	17,2
Industrieobligationen	"	"	10,8	14,1	22,5	28,3	6,1	34,6	30,7	14,3	18,5	6,9	13,0	15,6	21,6	12,0	21,0
Aktien	"	"	16,2	15,5	16,7	1,8	17,7	6,0	13,4	12,8	5,9	19,3	4,7	19,5	22,3	4,7	13,1
Kursdurchschnitt ³⁾																	
Aktien ⁴⁾	31.12.53=100	D	194,3	200,2	205,0	204,5	212,6	213,9	223,5	230,3	246,3	262,9	278,2	295,6	292,7	309,4	315,3
4%oige Wertpapiere	"	vH	84,41	85,71	86,67	87,65	89,33	91,10	92,56	95,15	98,51	101,35	101,17	101,37	101,62	103,33	104,49
5%oige Pfandbriefe	"	"	93,12	95,03	96,34	97,81	99,46	100,62	100,87	102,86	104,15	105,45	105,10	105,74	106,08	107,71	109,80
5%oige Kommunaloblig.	"	"	93,16	94,62	96,12	97,42	99,07	100,25	100,55	102,61	103,88	105,34	105,00	105,38	105,74	107,17	109,20
5 1/2%oige Pfandbriefe	"	"	97,67	99,00	99,96	100,66	101,41	102,21	102,52	103,75	105,12	106,76	106,48	107,21	107,51	108,88	111,03
8%oige Industrieoblig. ⁵⁾	"	"	102,47	103,42	103,88	104,06	104,37	104,59	104,77	105,31	105,74	105,87	104,44	104,84	105,06	105,61	105,76
Finanzen																	
Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern d. Bundes u. d. Länder ⁶⁾	Mill. DM	S	4923,6	3413,4	2920,3	4486,6	2784,0	8136,2	4723,6	3053,3	3365,8	4821,9	3346,1	3630,1	5272,7	3777	2760
Besitz- und Verkehrsteuern ⁷⁾	"	"	3013,2	1265,8	1034,4	2688,5	931,7	1072,7	2836,7	1102,1	1162,2	2886,7	1227,8	1236,7	3353,4	1433	.
Lohnsteuer	"	"	489,2	614,1	417,7	340,3	386,0	456,1	469,2	533,8	539,0	544,9	575,3	529,3	526,7	574	.
Veranl. Einkommensteuer	"	"	1109,9	177,7	108,5	1039,4	112,2	83,1	1011,9	104,1	97,3	1114,4	191,2	173,8	1259,7	279	.
Körperschaftsteuer	"	"	1069,9	193,3	136,6	964,4	136,3	69,2	950,7	90,1	89,3	1027,6	183,5	122,2	1226,4	205	.
Umsatzsteuer	"	"	1096,6	1800,0	973,3	927,6	1055,5	990,7	1044,1	1057,6	1104,6	1055,0	1160,6	1184,9	1108,6	1383	.
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	755,0	756,0	566,8	799,9	706,7	704,5	777,7	809,5	769,5	823,9	861,2	823,1	781,7	946	.
Lastenausgleichsabgaben ⁸⁾	"	"	58,8	91,6	345,8	70,6	90,1	368,3	65,1	84,1	339,5	56,3	96,4	385,4	79,1	15	16
Außenhandel⁹⁾																	
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	2774	2712	2410	2596	2413	2394	2464	2690	2394	2655	2737	2790	2878	2537	2439,8
Ausfuhr, insgesamt	"	"	3267	2600	2955	3080	2985	3013	2933	3174	2941	3239	3368	3234	3458	2767	3089,1
Saldo ¹⁰⁾	"	"	+493	-112	+545	+484	+572	+619	+469	+484	+547	+583	+631	+664	+681	+229	+649,3
Einfuhrvolumen ¹⁰⁾	"	"	2742	2695	2427	2618	2471	2467	2540	2810	2522	2843	2903				